

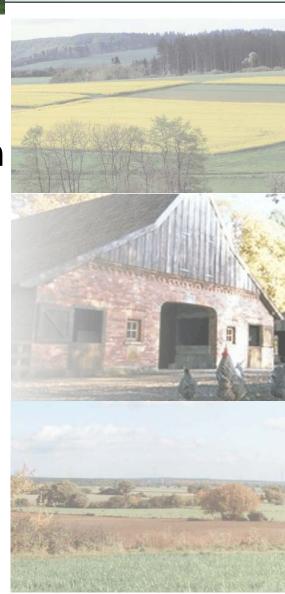
Stand der rechtlichen Regelungen im Bereich der Düngung

Hannover 22-05-14

Dr. Volker Garbe

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz





GLIEDERUNG

Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission?

Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen



Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission?

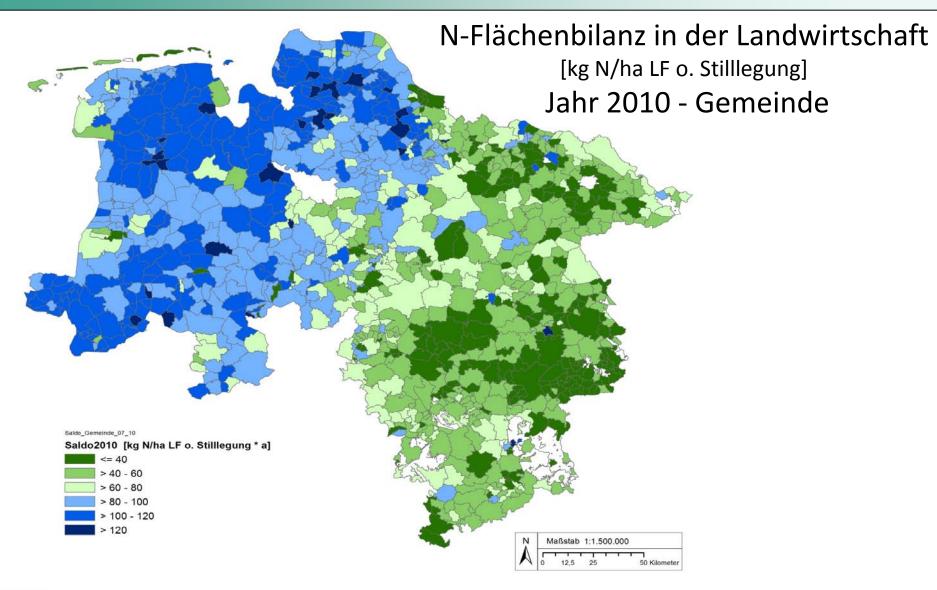
Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen



N-Bilanzsalden in Niedersachsen (LBEG, Dr. W. Schäfer)





Ø Bilanzüberschuss für Niedersachsen 78 kg N/ha

Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission?

Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Lösungen



Status Quo Dünge-Verordnung

(Erstfassung mit Bilanzüberschüssen 10.01.2006)

- Bedarfsgerechte Düngung
- Bodenuntersuchungen mind. alle 6 Jahre, Beschreibung/Ermittlung N-min
- Vorgaben für wassergesättigte, überschwemmte & gefrorene Böden
- Abstandsregeln zu Gewässern
- Einsatz nicht zugelassener Düngemittel verboten
- Kein Einsatz von Wirtschaftsdüngern > 170 kg N/ha
- Kern-Sperrfrist Ackerland 01.11 bis 31.01, Grünland 15.11. bis 31.01.
- Max. 40 kg N-H₄ oder 80 kg Gesamt-N im Herbst wenn Bedarf vorliegt
- Bilanzüberschüsse <60 kg/ha N (3-jg. Ds.), <20 kg/ha P₂O₅ (6-jg. Ds.)
- Aufzeichnungen bis 31.03. des Folgejahres



Neufassung der Düngeverordnung - Bund-Länder-AG

Die BLAG:

Vertreter aus BMELV, BMU, UBA Agrarressorts der Länder BW, BY, HE, NI, NW, ST, SH, TH Experten aus BY, MV, NI, ST sowie aus JKI und TI

Vorgehen:

- Analyse des Ist-Zustands Einbeziehung Forderungen Dritter
- Ableitung von Handlungsbedarf
- Definition von "Prüfalternativen" (Handlungsoptionen, die geprüft wurden, <u>unterstrichene</u> mehrheitlich unterstützt)
- → Prüfung: Wirkung auf Nährstoffversorgung der Pflanzen, auf Betriebe, Regionen, Umwelt, Vollzugsfragen, Bezug zu anderen Regelungen



Dr. Volker Garbe

Evaluierung Dünge-Verordnung neu - 6 Regelungsbereiche

- Düngebedarfsermittlung
- 2. Standort-/Bodenzustands-spezifische Restriktionen
- 3. Sperrfristen, Lagerdauer, Ausbringung nach Ernte der Hauptkultur
- 4. Ausbringtechnik / Einarbeitung
- 5. Nährstoffvergleich
- 6. Ausbringungsobergrenzen



1 Düngebedarfsermittlung

- Dokumentation der Düngeplanung für N und P verpflichtend
- Abgelehnt wird Vorschrift Düngungsobergrenzen für alle Stickstoffdünger wie in DK, NL und B(FL) einzuführen

Primärer Grund: agrarstrukturell und naturräumlich sehr heterogene Bedingungen in Deutschland

Bundesweite Sollwertanpassung bei gleichen Ertragsniveaus



2 Standort-/Bodenzustandsspezifische Restriktionen

- Abstandsregelungen zu Gewässern sollen für Vollzug präzisiert werden genereller 1 m-Abstand
- Verpflichtung zur Vermeidung von Abschwemmungen in Oberflächengewässer und andere Nachbarflächen



Verschärfung stärkt auf der gedüngten Fläche Vorsorge zur Vermeidung von Abschwemmungen, ordnungsrechtliche Maßnahmen

- Generelle technische Vorgaben für Streugenauigkeit der Geräte
- Ergänzend: Informationen zu Wetterlage, Bodenzustand und Eignung für Ausbringung im Winterhalbjahr



3 Sperrfristen, Lagerdauer, Ausbringung nach Ernte

Dünger mit wesentlichem Gehalt an verfügbarem Stickstoff nach Ernte der Hauptkultur auf Ackerland nicht ausbringen

- Ausnahmen: bis 30.9. zu Raps & Zwischenfrüchte (bis 15.09. gesät), Feldgras, das im Frühjahr etabliert war
- Festmist von Huf- und Klauentieren Sperrfrist 01.12. bis 15.01.
- Grünland Sperrfrist bleibt bestehen (15.11. bis 31.01) wird erweitert?

Kontrolle Düngungsbedarf, Bedarfsermittlung Herbst, Aufzeichnungspflicht

Einführung einer Lagerkapazitätsregelung in die DÜV (keine technische Regelung)

Verschiebung Sperrzeiten auf regionaler Ebene statt Einzelgenehmigung



4 Ausbringungstechnik - Einarbeitungstechnik

Anforderung an die Gülleausbringungstechnik auf bewachsenen Flächen, streifenförmige Ablage oder Injektion (Emissionsarme Ausbringung)

- Bewachsene Ackerfläche (Schleppschlauch), ab 2020
- Grünland, Feldgras (Futter) (Schleppschuh), ab 2025
- Ausnahmen: Breitverteiler auf Grünland am Hang

Festlegung der Einarbeitung

 Einarbeitung muss spätestens vier Stunden nach der Ausbringung abgeschlossen sein

Verteilungs- & Dosiergenauigkeit bei Ausbringung erhöhen: Zertifizierung und maximaler Variationskoeffizient bei Prüfung: Gülle 10%, Mist 15%, Mineraldünger 5%



5 Nährstoffvergleich

Einführung einer plausibilisierten Feld-Stall-Bilanz

- Methode der LfL Bayern für Futterbaubetriebe
- Summe (Stallplätze x Grundfutterfaktor je Tierkategorie)
 innerbetrieblicher Grundfutterumsatz
- Grundfutterzu-/-verkäufen incl. Biogas-Gärsubstraten
- Gesamte Grundfuttermenge: innerbetrieblicher Grundfutterumsatz, Grundfutterverkäufe und Zukäufe einbeziehen

(Hoftorbilanz Nein)

Kein P-Überschuss in Versorgungsstufe D und E

- Gehalt der Böden im gewogenen Mittel eines Betriebes
- Stufe C: bis 20 kg, Stufen A+B bis 60 kg P₂O₅/ha



6 Ausbringungsobergrenzen

Anwendung der 170-kg-N-Obergrenze auf <u>alle organischen</u> <u>Düngemittel</u>

- Einbeziehung u. a. der Gärreste pflanzlicher Herkunft bei Biogasanlagen
- für Kompost / Klärschlamm Anrechnung über 3 Jahre



Erfordernis: Änderung des Düngegesetzes



6 Weitere wichtige Änderungen

NI/NRW – Einführung der Meldepflicht für die Nährstoffvergleiche/Nährstoffbilanzen

"Kleine Derogation" für Gärreste aus Biogasanlagen

Nach Novellierung der DÜV durch EU-KOM Beantragung durch den BMEL Derogation für Grünlandbetriebe (250 kg N angestrebt)

Sperrfrist für Festmist



Vollzug

- Abgestimmter bundesweiter Vollzug bei Überschreitung der maximalen Nährstoffsalden des Nährstoffvergleichs
 - Behördliche Anordnungen
- Beratungspflicht bei Überschreitung der Salden
 - Nachweis einer Beratung
 - Kosten trägt Landwirt
- Verstärkung der Kontrollen
- Verschärfung der Bußgeldmaßnahmen



Wie weit sind wir bei der DüV – wie geht es weiter?

- Bericht zur Evaluierung lag im Juli 2012 vor
- Vorstellung der Vorschläge bei EU KOM erstmalig am 20.09.2012
- Beantwortung der Fragen der durch BMELV KOM Dezember 2012
- Weiteres Gespräch mit der KOM im Mai 2013
- KOM stellt die selben Fragen erneut
- Beantwortung durch BMELV erfolgt im Herbst 2013
- Letzte Besprechung Länderreferenten Januar 2014

ML Niedersachsen

- Vorstellung neuer Vorschläge durch BMEL in Brüssel Fj. 2014
- Androhung Vertragsverletzungsverfahren Gespräch BMEL/Min.
 Schmidt mit EU KOM/Falkenberg 19.05.2014
- Ressortabstimmung Bund beginnt
- Bundesratsverfahren ab Herbst 2014
- Novellierung neue Dünge-Verordnung voraussichtlich Anfang 2015



Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission?

Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen



Was will die EU Kommission? (1)

- Sperrfrist für Festmist
- Verlängerung der Sperrfristen
 (Beispiel Ackerland für Flüssigmist und Mineraldünger, +- 1 Monat)
 nordatlantische und alpine Zone (26% der Fläche) 01.09. bis 01.03.
 mittelatlantische Zone (10%) 01.09. bis 01.02.
 kontinentale, pannonisch-pontische Zone (64%) 01.08. bis 01.02.
 Erweiterungen für Einsatz auf abschwemmungsgefährdeten Flächen
- Verlängerung der Lagerkapazität über 6 Monate hinaus (für Gewerbebetriebe generell 9 Monate und nur bis 2017)



Was will die EU Kommission? (2)

- Nährstoffobergrenzen für die Düngung
- Begrenzung Bilanzüberschüsse auf 40 kg statt 60 kg N/ha (Annahme: sonst wird der nach WRRL angestrebte Zustand erst in 73 Jahren erreicht!)
- Berücksichtigung aller N-Quellen in der Bilanzierung
- Keine Begrenzung der N-Nachlieferung aus Vorfrucht
- Verbot, bzw. Einschränkung der Düngung auf Hangflächen mit bestimmten Neigungsgraden
 - > 2% Injektion, Dauerkultur
 - > 8% keine Oberflächenausbringung

ML Niedersachsen

> 15% keine Düngung



Was will die EU Kommission? (3)

- Keine Düngung auf Böden, die gefroren sind auch wenn sie tagsüber auftauen
- Verschärfung des Abstandes (10 m) bei Flächen mit Hangneigung
- Düngeplanung Kontrollen einführen/verschärfen
- Insgesamt Kontrollen bei der Anwendung verschärfen



Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission?

Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen



"Landesmeldeverordnung"

s. Vortrag Herr Jansen-Minßen

Veränderungen (in Kürze):

Meldepflicht auch für Aufnehmer von Nährstoffen

Angaben zu Nährstoffinhalten der verbrachten Dünger



Herbstdüngungserlass für Niedersachsen aus 2013

- § 4 (6) DüV: Auf Ackerland dürfen nach der Ernte der letzten Hauptfrucht vor dem Winter Gülle, Jauche und sonstige flüssige organische sowie organisch-mineralische Düngemittel mit wesentlichen Gehalten an verfügbarem Stickstoff oder Geflügelkot nur
 - zu im gleichen Jahr angebauten Folgekulturen einschließlich Zwischenfrüchten bis in Höhe des aktuellen Düngebedarfes an Stickstoff der Kultur oder
 - als Ausgleichsdüngung zu auf dem Feld verbliebenem Getreidestroh, jedoch insgesamt nicht mehr als 40 Kilogramm Ammoniumstickstoff oder 80 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar aufgebracht werden



Herbstdüngungserlass für Niedersachsen aus 2013

- Hinweise zur Umsetzung des § 4 Abs. 6 der DüV nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis
- Konkretisiert die Anwendung des Grundsatzes der pflanzenbedarfsgerechten Düngung:



der Nährstoffbedarf der angebauten Kultur ist ausschlaggebend für die Düngungsmaßnahme



Herbstdüngungserlass für Niedersachsen aus 2013

Folge:

Bei Berücksichtigung des aus dem Boden nachgelieferten Stickstoffs besteht nach der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum Winter *kein* N-Düngebedarf:

- nach Mais, Raps, Kartoffeln, Zuckerrüben, Feldgemüse, Leguminosen
- zur Förderung der Strohrotte (ohne Nachbau einer Kultur im Herbst)
- Verstoß gegen § 4 Abs. 6 sowie § 3 Abs. 4 der DüV wird im Rahmen von Cross Compliance sanktioniert



Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission? Expertenkritik an der Düngepolitik in Deutschland

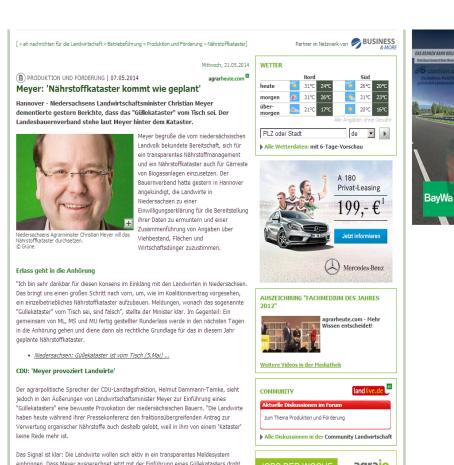
Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen



22-05-14





-

22-05-14

Dr. Volker Garbe

Das "Düngekataster"

Ziel der Landesregierung:

- wirksame Instrumente zur Kontrolle eines ordnungsgemäßen Einsatzes von Düngemittel zu etablieren, um eine Überdüngung von Flächen zu verhindern
- ⇒ Keine "Doppelbelegungen" von Flächen mit Nährstoffen

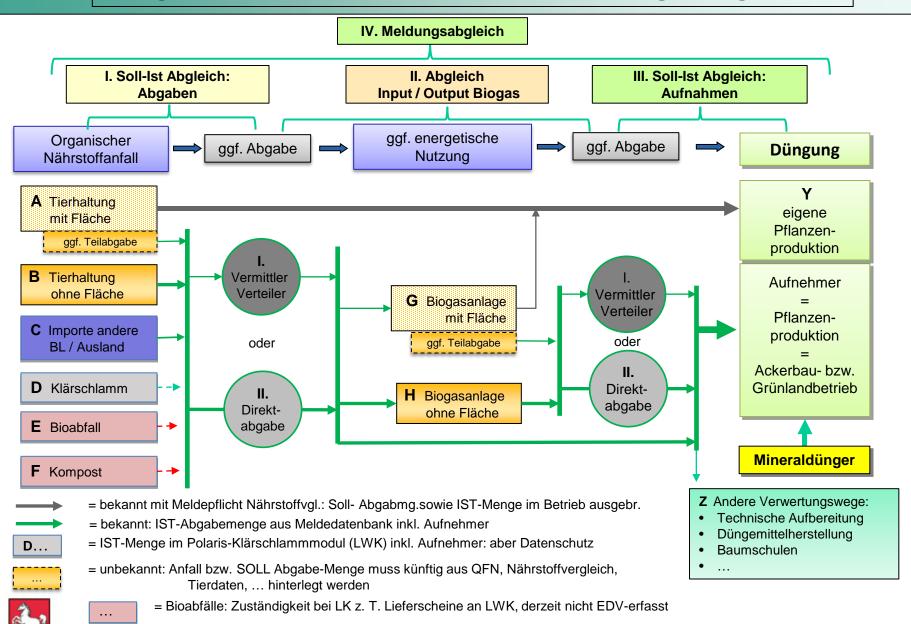


Welche Nährstoffe sind zu berücksichtigen?

- Wirtschaftsdünger aus der Tierhaltung
- Gärreste Biogasanlagen
- Importe Niederlande / andere Bundesländer
- Klärschlamm
- Bioabfälle
- Komposte
- Mineraldünger



Düngekataster: Nährstoffherkünfte und Wege, Abgleiche



Bausteine des "Düngekatasters"

- Ermittlung der im Betrieb anfallenden N\u00e4hrstoffmengen (Tierhalter / Biogasanlagenbetreiber)
- 2. Prüfung ob diese Nährstoffe auf den eigenen Flächen verwertet werden können oder eine Abgabeverpflichtung besteht
- 3. Verbringungen: Abgleich der Abgabeverpflichtung mit der tatsächlichen Verbringung
- 4. Überprüfung der düngerechtlichen Vorgaben beim aufnehmenden Flächenbetrieb



Prüfung des rechtlichen Vorgehens zum "Düngekataster"

Was ist zu veranlassen?

- 1. gem. RdErl. NBauO, Verbesserung des Standards des QfN
- 2. Meldepflicht Nährstoffvergleiche (Novellierung DüV)
- 3. Weiterentwicklung der niedersächsischen MeldeVO in Bezug auf Wirtschaftsdünger.
 - d.h. Meldepflicht für:
 - a) alle Aufnehmer
 - b) Nährstoffgehalte je Lieferung
 - c) Importe aus anderen Bundesländern oder dem Ausland (gem. §4 WDüngV)
- 4. Zugriff auf Flächen- und Tierdaten

Zugriff auf GAP-Daten (Freiwilligkeit), Zugriff auf Daten der VVVO, Tierseuchenkasse (Freiwilligkeit)

Anderung des Düngegesetzes um Datenabgleich aus anderen Rechtsbereiche (Veterinärrecht, etc. datenschutzrechtlich zu ermöglichen.

Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Nutzung der nach anderen Rechtsvorschriften erhobenen Daten zu den landwirtschaftlich verwerteten:

- Bioabfall (Abfälle, Kompost, Grüngut) und Klärschlammmengen



(Stand 12.05.2014)

Verbesserung der düngerechtlichen Überwachung durch Zusammenarbeit zwischen Genehmigungsbehörden und Düngebehörde

(Gem.) RdErl. d. ML, MS u.d. MU v. - 123-12345/12345 -

- VORIS -

elungsinhalt

sem RdErl. wird die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen und staatlichen Gegungs- und Überwachungsbehörden für Tierhaltungsanlagen und Biogasanlagen und ndwirtschaftskammer Niedersachsen als Düngebehörde im Genehmigungsverfahren und Änderungsgenehmigungen) und bei der Überwachung näher geregelt.

ehmigungsverfahren

r die dauernde Sicherung des ordnungsgemäßen Verbleibs von Wirtschaftsdüngern r Nutztierhaltung sowie von Gärresten im Sinne des § 41 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. Satz 1 müssen diejenigen, die eine Tierhaltungsanlage oder eine Biogasanlage betreiben, eisen, dass sie nach Maßgabe des Düngerechts entweder dauerhaft über Flächen en, die die abgängigen Stoffe aufnehmen können, oder die Abnahme der abgängigen dauerhaft rechtlich gesichert haben.

Genehmigungsbehörde fordert im Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum von Tierhaltungsanlagen oder Biogasanlagen vom Antragsteller die Vorlage eines tungskonzeptes, bestehend aus einem Qualifizierten Flächennachweis (siehe Anlage Nachweis des Lagerraums (siehe Anlage 2) und ggf. den erforderlichen Abgabeverfür Wirtschaftsdünger/Gärreste, als Voraussetzung für die Prüfung der Anforderungen 1 Abs. 2 Satz 2 NBauO nach den Anlagen 4-6 und erbittet die Vorlage der Anlage is in mindestens drei Ausfertigungen, soweit diese Unterlagen dem Antrag nicht bei-

Warum neue Regelungen für das Nährstoffmanagement?

Rechtliche Regelungen

Stand der neuen Düngeverordnung

Was will die EU-Kommission? Expertenkritik an der Düngepolitik in Deutschland

Niedersachsen – "interne"- Regelungen

- "Landesmeldeverordnung"
- Herbstdüngungserlass aus 2013
- "Düngekataster"

Freiwillige Regelungen







Bausteine des "Düngekatasters" (2)

Welche Soll-Ist Abgleiche werden für das Nährstoffkataster benötigt?

- 1. Soll-Ist- Abgleich Abgaben
 - → Geben Tierhalter mit Abgabeverpflichtung Wirtschaftsdünger im entsprechenden Umfang ab?
- 2. Abgleich Input/Output Biogasanlagen
 - → Stehen die eingesetzten Wirtschaftsdünger und die produzierte elektrische Leistung unter Berücksichtigung des kalkulatorisch ermittelten Einsatzes an pflanzlichen Substarten (z.B. Mais) im plausiblen Verhältnis zur Gärrestabgabe?
- 3. Soll-Ist Abgleich Aufnahmen

Werden im plausibilisierten Nährstoffvergleich des Flächenbetriebes inkl. der Aufnahmen die düngerechtlichen Vorgaben bezüglich der eingesetzten Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft [170 kg N /ha –Grenze] und der mehrjährigen Bilanzsalden (3-jähriger Stickstoffüberschuss [max. 60 kg/ha/Jahr] sowie 6-jähriger Phosphorüberschuss [max. 20 kg/ha/Jahr]) unter Berücksichtigung aller eingesetzten Düngemittel eingehalten?



Das "Düngekataster"

Umsetzung des "Düngekatasters":

- Verbesserte Standards beim qualifizierten Flächennachweis (QFN)
- Verbesserter Datentransfer zwischen Bau- und Düngebehörde ("Runderlass")
- Lückenlose Überwachung der Düngerverbringung
- Höhere Transparenz bei Anwendung der organischen Düngemittel bei aufnehmenden Betrieben
- Elektronische Meldepflicht der Nährstoffbilanzen

